Zeitschrift: Thema-Bulletin = Bulletin thématique / Forum Helveticum

Herausgeber: Forum Helveticum

Band: 1 (2001)

Artikel: EU-Skeptiker braucht das Land : vom Wert und vom Preis eines EU-Beitritts

Autor: Gernet, Hilmar

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-833106

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 11.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

EU-SKEPTIKER BRAUCHT DAS LAND VOM WERT UND VOM PREIS EINES EU-BEITRITTS

Hilmar Gernet, Christlichdemokratische Volkspartei der Schweiz

Der Preis für einen EU-Beitritt unseres Landes ist für die meisten Schweizerinnen und Schweizer zu hoch. Erst wenn der Beitritt für die Mehrheit einen Wert bekommt, wird er ein ernsthaftes Thema. Für eine politische Generation dürfte der Wert des bilateralen Weges jedoch höher als der Preis für den Beitritt bleiben. Die Mehrheit der Schweizerinnen und Schweizer ortet grosse Differenzen zwischen dem Projekt Europa („Frieden") und dem Produkt Europa („Brüssel"). Zudem wirken sich die politischen Entwicklungen innerhalb der EU (Boykott Österreichs, Beitrittskandidat Türkei, Ost-Erweiterung, Euro-Schwäche, Demokratiedefizit) vorwiegend negativ auf die Beitrittsdiskussion in der Schweiz aus.

Europa bleibt für die Schweiz eine unbequeme Angelegenheit. Eine Möglichkeit sich dieser existentiellen Debatte zu entziehen, gibt es für unser Land nicht. Dank der klaren Zustimmung des Volkes zu den bilateralen Verträgen hat der Bundesrat keine Veranlassung, den bilateralen Pfad zu verlassen. Weitere bilaterale Verhandlungen sind sinnvollerweise aber erst aufzunehmen, wenn die Partner der Europäischen Union die ausgehandelten Verträge ratifiziert haben.

Einseitiger Einfluss

Das EU-Paradies wird nur noch von einzelnen Euroturbos im Schweizerland beschworen. Die EU-Europäer sehen die Zukunft ihres Staatenbundes „nüchtern und unromantisch", wie die *Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ)* in einem Artikel über „neue Akzente in der Europapolitik" titelte (3. Mai 2001). Während der gegenwärtige EU-Ideenwettbewerb zur Zukunft Europas die Debatte in der Schweiz stark beeinflusst, bleibt die Wirkung auf die Europa-Architektur in umgekehrter Richtung sehr, sehr klein, solange es sich dabei um eine „Sandkastenübung frustrierter Diplomaten" (*NZZ*, 5./.6 Mai 2001) handelt. Die EU-Debatte in der Schweiz wird neben Kosten/Nutzen-Überlegungen geprägt von drei Fragenkomplexen, die in den Konstruktionsplänen zum Um- und Ausbau des EU-Hauses nicht gelöst sind und deshalb immer wieder auftauchen: Demokratie (Frieden); Zuständigkeiten (Zentralismus/Subsidiarität); Ost-Erweiterung (Wiedervereinigung?).

Die CVP ist gut beraten, wenn sie sich in dieser Debatte weiterhin an den führenden Köpfen der europäischen Christdemokratie orientiert und mit ihnen diskutiert, wie beispielsweise Wolfgang Schäuble, Wolfgang Schüssel, Roman Herzog oder Edmund Stoiber. Sie vertreten in den Kernfragen europäische Konzepte, die schweizverträglich sein könnten. Sie sind skeptische Europäer. Sie stellen Fragen, und sie geben Antworten – nahe bei den Menschen, nahe bei ihren Sorgen und Ängsten.

Weniger Brüssel ist mehr Europa

Von grösster Dringlichkeit und mit direkten Auswirkungen auf die schweizerische EU-Diskussion ist die Regelung der Zuständigkeiten. Die Union muss klären, für welche Fragen die europäische Ebene letztlich zuständig und verantwortlich sein soll. Der Katalog der europäischen Kompetenzen hat möglichst restriktiv zu sein, will die EU ihren Rückhalt bei der Bevölkerung (auch in der Schweiz) stärken.

Der Bayerische Ministerpräsident Stoiber hat in einer Europa-Rede am 12. Mai 2001 in Weiden den Hauptgrund für die zunehmende Ablehnung gegenüber Europa und Brüssel identifiziert: „Die Menschen können Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten nicht mehr zuordnen. (...) Bürgernähe heisst gerade in einem erweiterten Europa: Politik in Europa darf nicht Stück für Stück von Brüssel vereinnahmt werden. Sie muss so weit wie möglich in den Kommunen, in den Regionen, in den Mitgliedstaaten stattfinden. Wir müssen weg vom unnötigen Zentralismus in Europa. Nur was zwingend einer europäischen Regelung bedarf, soll auf europäischer Ebene geregelt werden. Das ist es, was wir unter Subsidiarität verstehen." Der ehemalige deutsche Bundespräsident Roman Herzog rät den europäischen Staatschefs bei der für 2004 angesagten Regierungskonferenz den „Kompetenzwirrwarr" zu lösen und die Zuständigkeiten neu zu ordnen (*FAZ*, 31. Mai 2001).

Zwei Ängste

Das historische Friedensprojekt Europa braucht eine zeitgerechte Übersetzung für das aufbrechende 21. Jahrhundert. Wolfgang Schäuble hat den Auftrag formuliert: „Europa muss Perspektiven für Sicherheit in Frieden und Menschenwürde bei erträglichen wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Rahmenbedingungen in einer Welt, in der nicht nur das Schlagwort Globalisierung für Entgrenzung steht, bieten" (in: Adalbert Durrer / Hilmar Gernet, *Von Mythen zu Taten*, S. 183). Ein zukunftsfähiges Europa kann nur

mit den Völkern und ihrer politischen Mitsprache gestaltet werden. Dennoch ist bei vielen politischen Führern in Europa eine seltsame Angst gegenüber der Beteiligung und damit verbundenen demokratischen Entscheidungen der Völker für oder gegen (!) die Erweiterung und Vertiefung der EU feststellbar.

Das europäische Friedensprojekt von einst gerät unter Druck. Drago Jancar, slowenischer Schriftsteller, beschrieb diese Gefahr im Aufsatz *Die Welt als Gegensatz begreifen* (*NZZ* 19./20 Mai 2001): „Zwischen den europäischen Staaten wird kein Krieg mehr ausbrechen, weil man heute einen Staat wesentlich billiger auf friedliche Weise ausnehmen kann. Und das verstehen auch die Osteuropäer; sie (...) rufen heute aus tiefstem Herzen: Kauft uns auf, nehmt uns aus, nur lasst uns nicht aus Europa draussen." In den EU-Kandidatenländern regen sich zunehmend politische Stimmen gegen solche Rufe. Sie befürchten bei einem EU-Beitritt den „Ausverkauf des Bodens" (*NZZ*, 5./6. Mai 2001). Ängste, das eigene, heimatliche Land zu verlieren, machen sich breit, angesichts des grossen Preis- und Wohlstandsgefälles zwischen West- und Mittelosteuropa.

Erweiterung oder Wiedervereinigung

Europas Politiker ringen im Wettbewerb um die künftige EU-Architektur mit Worten. Soll es ein „Europa der Nationalstaaten", eine „Gegenwelt zu den USA" werden, wie Frankreichs Premierminister Lionel Jospin sagt (*Tages-Anzeiger*, 29. Mai 2001). Oder wird die Vorstellung des deutschen Aussenministers Joschka Fischer Realität: „Auch in der europäischen Finalität werden wir noch Briten und Deutsche, Franzosen und Polen sein" (*FAZ*, 3. Mai 2001). Wortgefechte sind nicht nur um die finale (?) Gestalt der EU im Gange, sondern auch bei der aktuellen Vergrösserung der EU-Mitgliedstaaten. Handelt es sich beim derzeitigen Prozess um eine Erweiterung oder um eine Wiedervereinigung?

Der Deutsche Günter Verheugen ist der EU-Kommissar für *Erweiterungsfragen*. Verfolgt man seine Äusserungen zu den laufenden Beitrittsverhandlungen, so betont er die Wiedervereinigung. „Die EU-Erweiterung sei eine Chance, die Geschichte des 20. Jahrhunderts zu korrigieren und den auseinandergerissenen Kontinent wieder zusammenzuführen", sagte er am 4. Mai in Wien (*NZZ*, 5./6. Mai 2001). Für schweizerische Ohren tönt die Wiedervereinigungsthese abstrus. Nicht gemeint sein kann ja wohl die Rekonstruktion der österreichisch-ungarischen, königlich-kaiserlichen Monarchie oder gar die Neuauflage eines Satellitenstaaten-Systems unter Brüsseler- statt unter Moskauer-Diktat.

Sollte unser Land sich in Zukunft ernsthaft mit dem EU-Beitritt befassen, so ist festzuhalten: Die Schweiz ist keine historische Fehlentwicklung in der europäischen Landschaft und kein korrekturbedürftiger Fehler des 20. Jahrhunderts. In der Aussage des konvertierten sozialdemokratischen Erweiterungskommissars und ehemaligen FDP-Generalsekretärs eine diesmal europäische „Heim-ins-Reich"-Idee zu vermuten, wagen wir selbstredend nicht. Die EU, soll sie in der Schweiz ernst genommen werden, muss ein unzweifelhaft demokratisches Zukunftsprojekt sein, ohne neue Anleihen bei gescheiterten monarchisch-feudalistischen oder kommunistischen Utopien.

Wohin geht die Reise?

Zu einem eigenständigen, selbstbewussten, schweizerischen Weg mit der EU gibt es für unser Land keine Alternative. Andernfalls steht nicht in erster Linie ein Beitritt zur EU auf dem Spiel, sondern die Kohäsion in unserem Land. Das aussenpolitische Plädoyer der Christdemokraten soll sich deshalb an den Europäern orientieren, die Fragen stellen. Skeptiker sind nicht Gegner oder Feinde, sondern Realisten. Sie fragen wohin die Reise geht, welche Etappen es gibt, wer mitreist und was es kostet. Sie wollen für ihre Entscheidung überzeugende Antworten hören. Denn bei einer allfälligen EU-Beitrittsabstimmung in der Schweiz werden die Stimmen gezählt und nicht die EU-Begeisterung gewogen.